

E 2300 Berlin 22

*Le Ministre de Suisse à Berlin, A. von Planta,  
au Chef du Département politique, G. Motta*

*RP*Streng vertraulich<sup>1</sup>

Berlin, 17. November 1921

Der gestrige Tag gab mir Gelegenheit zu wichtigen Aussprachen mit einem Mitglied der interalliierten Reparationskommission, mit dem italienischen Botschafter und zuletzt mit dem Reichskanzler. Leider war das Ergebnis, wie ich gleich vorausschicken will, nichts weniger als erfreulich, indem übereinstimmend festgestellt wurde, dass die politische Lage auf Äusserste gespannt ist.

Herr *Haguénin*, der bekanntlich Vorsitzender der Garantiekommission und dadurch Mitglied der Reparationskommission ist, speiste bei mir und bezeichnete die Lage als «tout à fait mauvaise». Anscheinend ist der Vorsitzende der Reparationskommission (R.K.), der Franzose Dubois mit sehr strikten und engen Instruktionen hierher gekommen, die ihm keinerlei Nachgeben nach irgendwelcher Seite gestatten. Infolgedessen kam es gleich zu Anfang zu sehr erregten Aus-

---

1. *Remarque manuscrite de Motta*: sehr wichtig.



einandersetzungen in der R.K., wobei namentlich die Amerikaner in sehr lebhafter Weise dafür eingetreten seien, dass die Bedingungen des Londoner Ultimatums revidiert und den Deutschen ein Moratorium gewährt werden müsse. Diesen gleichen Standpunkt, wenn auch nicht in so schroffer Form, habe auch der englische Delegierte vertreten, während der Belgier Delacroix den Standpunkt geltend machte, dass unter allen Umständen die Januarrate von einer halben Milliarde restlos bezahlt werden müsse; sei diese Leistung einmal erfüllt, so werde Belgien gerne zu einer Revision des ganzen Erfüllungsprogrammes Hand bieten. Dieser belgische Standpunkt ist mehr als verständlich wenn man weiss, dass die Januarrate sozusagen ausschliesslich für Belgien bestimmt ist. Im Verlaufe der weiteren Aussprache scheinen sich die Delegierten vorläufig dahin geeinigt zu haben, dass jedenfalls die Januarrate bezahlt werden müsse, weil es sich dabei um die Wiedergutmachung gegenüber Belgien handle.

Dagegen konnte keine Einigung erzielt werden über die weitere und viel wichtigere Frage, ob die R.K. den Deutschen eine bindende Zusicherung geben könne auf *Revision des Erfüllungsprogrammes* nach erfolgter Januarleistung. Die Amerikaner und Engländer wären bereit gewesen, eine solche Erklärung «unter Vorbehalt der Ratifikation» durch ihre Regierungen abzugeben, wogegen die Franzosen die Zumutung kategorisch abgelehnt haben. Mitten in diese Beratungen fiel gestern eine offizielle Erklärung des deutschen Reichskanzlers, welche dahin ging, dass zwar die Regierung nach wie vor den Standpunkt der Erfüllung nach Möglichkeit vertrete, dass es ihr aber schlechterdings unmöglich sei, die Erfüllung der Januarleistung in bestimmter Weise zuzusichern, weil sie heute noch nicht wisse, ob das Geld aufzutreiben sei. Ich werde weiter unten sagen, was der Reichskanzler mir zur Erklärung dieser Mitteilung gesagt hat und füge hier nur bei, dass diese Zuschrift des Reichskanzlers in der R.K. sehr grosse Erregung und Unzufriedenheit hervorgerufen und die bisher bestandenen Gegensätze innerhalb der Kommission beseitigt haben soll. Namentlich die Engländer seien sehr ungehalten gewesen und die wahrscheinliche Folge werde sein, dass die R.K. ihre Anwesenheit in Berlin abkürzen und den interalliierten Regierungen ein neues Ultimatum vorschlagen werde. Die Erregung im Schosse der R.K. sei veranlasst durch die Überzeugung, dass die deutsche Regierung sehr wohl in der Lage wäre, diese halbe Milliarde aufzubringen, wenn sie den guten Willen dazu hätte. Haguein rechnete mir vor, dass der deutsche Fiskus jetzt schon ca. 36% der Devisen, welche die Industrie einbringe, für sich beanspruche und dass diese Abgabe mehr als genügen würde, um die halbe Milliarde zu beschaffen; es zeige sich aber, dass Deutschland den grössten Teil dieser Abgabe für seine eigenen Zwecke verwendet habe, statt sie für die Zahlung an die Alliierten zur Seite zu legen. Zu diesem Punkt sagte mir der Reichskanzler wörtlich: «Die Herren sind nicht ganz bei Trost, sie vergessen, dass wir Getreide und andere Nahrungsmittel gegen Gold kaufen müssen, um unser Volk am Leben zu erhalten.»

Haguein bat mich dringend, mit dem Reichskanzler zu reden und ihn auf die Gefahr der Lage aufmerksam zu machen, um womöglich zu erreichen, dass eine bestimmtere Zusage für die Januarrate gemacht werde.

Nach dieser Besprechung wollte ich mich zunächst durch Aussprache mit *Frassati* vergewissern, ob die Dinge wirklich so stehen, wie Haguein sie mir geschildert hatte. Frassati kam sofort zu mir und bestätigte mir leider die Mittei-

lungen meines französischen Gewährsmannes *in pejus*. Es sei richtig, dass die R.K. es abgelehnt habe, auf irgendwelche Zugeständnisse hinsichtlich der Januarrate einzugehen. Leider sei auch nicht zu erwarten, dass die Kommission oder auch nur einzelne Delegationen geneigt wären, den Deutschen irgendwelche bindende *Zusicherungen* zu machen hinsichtlich der Zukunft, für den Fall der prompten Zahlung im Januar. Frassati verwies mit Recht auf die ganz ähnliche Situation, die sich anlässlich des Londoner Ultimatums ergeben hatte: Damals haben auch die Engländer den Deutschen ziemlich bestimmte Zusicherungen gemacht betreffend Oberschlesien und Aufhebung der Sanktionen und doch sei in der Folge nichts gehalten worden. Der Botschafter war ausserordentlich pessimistisch, wenn schon er annimmt, dass die deutsche Regierung die halbe Milliarde für Mitte Januar aufbringen werde. Er glaubt aber, dass damit im besten Fall ein Aufschub der Katastrophe um einige Wochen erreicht werde.

Nach dieser Besprechung setzte ich mich telephonisch mit dem *Reichskanzler Wirth* in Verbindung, der gerade in der Sitzung des Ausschusses der Zentrumsfraktion war, um dort seine Erfüllungspolitik gegen heftige Angriffe zu verteidigen — nebenbei bemerkt hat er dies mit vollem Erfolg getan. Herr Wirth kam abends nach dem Nachtessen zu mir und sprach sich sehr einlässlich und bestimmt aus über die ganze Situation, die er als «nahezu verzweifelt» ansieht. Er hatte in den letzten Tagen wiederholt einlässliche Besprechungen mit den verschiedenen Delegierten der R.K. und dabei die Gewissheit gewonnen, dass die Engländer und Amerikaner die Lage ganz klar sehen und ganz genau wissen, dass Deutschland *nicht* in der Lage ist, die Bezahlung der Januarrate zu garantieren, sofern und solange ihm nicht durch das Ausland ein ausreichender Kredit auf längere Dauer gewährt wird. Aus den laufenden Einnahmen sei diese Zahlung schlechterdings nicht zu beschaffen, denn die beste Notenpresse würde nicht hinreichen, um die Menge von Noten zu drucken, die nötig wäre, um beim heutigen Kurs auch nur einen Teil der Devisen zu kaufen, die erforderlich wären. Von der Industrie sei der Betrag *nicht* erhältlich. Der Kanzler habe sehr dingende Unterhandlungen mit Vertretern der grössten industriellen Unternehmungen geführt und die bestimmte Erklärung erhalten, dass nicht genügend Devisen vorhanden seien, um den Januarbedarf zu decken. Der Kanzler fügte bei, dass er kein Mittel sehe, durch welches er in die Lage versetzt werden könnte, die allfällig im Auslande liegenden Devisen der deutschen Geschäftsleute zu erfassen. Voraussetzung dafür wäre doch, dass die neutralen Länder sich bereit finden würden, die dortigen Banken zu zwingen, der deutschen Regierung entsprechende Eröffnungen zu machen.

Es bleibe also, so fuhr der Kanzler fort, nur der Weg der Kredite im Ausland und zwar könne es sich auch hier nur um Kredite *auf längere Dauer* handeln. Die Aufnahme eines kurzfristigen Anleihens würde der deutschen Valuta den Todesstoss versetzen, weil eine solche Operation der wildesten Baissespekulation auf den Zeitpunkt der Fälligkeit rufen würde. In diesem Zusammenhang sprach mir der Kanzler auch von den sog. «Mendelssohnkrediten» d. h. den kurzfristigen Krediten, die aufgenommen werden mussten, um die Septembemilliarde abzuführen und die jetzt einen grossen Teil der verfügbaren Devisen beanspruchen.

Ein *langfristiges* Anleihen sei aber zur Zeit nicht erhältlich. Die deutsche

Regierung habe alle erdenklichen Anstrengungen gemacht, um sich ein solches Anleihen zu verschaffen; sie habe Havenstein, den Präsidenten der Reichsbank, nach London geschickt und habe mehrere englische Finanzleute, unter anderem Rothschild, nach Berlin gebeten. Das Ergebnis aller dieser Bemühungen sei aber ein durchaus negatives gewesen, weil übereinstimmend erklärt worden sei, ein Darlehen an Deutschland könne gar nicht in Frage kommen, *solange nicht die Reparationsleistungen im Sinne der Erfüllungsmöglichkeit revidiert seien*. Es besteht also ein *circulus vitiosus*, aus welchem die Deutschen nicht herauskommen, indem die R.K. nach dem militärischen Prinzip handelt: Erst zahlen, dann reklamieren, während die Finanz sagt: Erst Sicherheit, dann Geld.

Wirth kam immer wieder zurück auf die zunehmende Unmöglichkeit für Deutschland fremde Devisen zu erwerben. Der Sturz der Mark sei ganz zweifellos auf die sich immer mehr verbreitende Überzeugung zurückzuführen, dass «den Deutschen doch nicht mehr zu helfen sei». Er, der Kanzler, fange an, sich dieser Ansicht zuzuneigen, wenn er sehen müsse, wie wahnsinnig neuerdings General Nollet vorgegangen sei, indem er die Zerstörung der deutschen Werke forderte, die eine der wesentlichen Voraussetzungen seien für den wirtschaftlichen Wiederaufbau des Landes.

Herr Wirth ersuchte und ermächtigte mich, den Herren der R.K. zu erklären, dass er nach wie vor bereit sei, die Erfüllung mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu betreiben und dass er auch entschlossen sei, den voraussichtlich entstehenden politischen Kampf durchzuführen, wenn nötig bis zur Auflösung des Reichstages; es sei ihm als ehrlichem Manne aber nicht möglich, eine Erfüllung in bestimmtem Umfange zu versprechen, ohne über die Mittel zu verfügen, deren es zu diesem Zwecke bedürfe. Diese Erklärung werde er demnächst auch im Reichstage abgeben und er sieht voraus, dass sich an diese Stellungnahme ein sehr leidenschaftlicher Kampf anschliessen werde, der möglicherweise zur Auflösung des Reichstages oder zu einer «Arbeiterregierung» führen könne. Wirth sprach mir auch «im grössten Vertrauen» von einer Zusammenkunft und zweistündigen Aussprache, die er vorgestern mit Hugo *Stinnes* gehabt habe. *Stinnes* sei absolut Pessimist und halte den Zusammenbruch von Europa für unvermeidlich, wenn nicht England sich ohne Verzug mit Deutschland zusammenschliesse, um die Reorganisation des ganzen Wirtschaftskörpers an die Hand zu nehmen. *Stinnes* halte es für völlig ausgeschlossen, dass Deutschland sich auch nur noch für kurze Zeit aus eigener Kraft halten könne. Von Amerika sei vorderhand nichts zu erwarten und die anderen Länder ausser England kommen gar nicht in Betracht, weil sie meist nicht besser daran seien als Deutschland.

Diese ernste wirtschaftliche Lage wird nun noch kompliziert durch die Gegensätze, die angefacht worden sind durch das unglückliche Angebot der Industrie, die auf einmal die wirtschaftlichen Grundlagen des deutschen Verkehrslebens umgestalten bzw. zurückgestalten will. Der Reichskanzler sieht darin eine sehr grosse Gefahr, weil er fürchtet, dass eine allfällige kommende Linksregierung durch die wiederauflebenden Forderungen der Gewerkschaften dazu geführt werden könnte, radikale Massnahmen — Enteignung des Besitzes — zu treffen, die zunächst «zum geistigen Bürgerkrieg» führen werden. Bei diesem Anlasse bestätigte übrigens Herr Wirth mit viel Nachdruck, dass er im Falle eines solchen Krieges auf der Seite der Arbeiterschaft stehen werde.

Auf meine Frage, wie denn der Reichskanzler die Aussichten für die nächste Zukunft beurteile, antwortete er: Ich war bisher eher zuversichtlich, aber heute bin ich sehr beunruhigt. In Neuköln hat die Plünderung der Lebensmittelmagazine bereits begonnen, aus dem ganzen Ruhrgebiet laufen sehr bedrohliche Meldungen ein über eine tiefgehende Gärung unter den Arbeitern wegen des Mangels an Kartoffeln und der allgemeinen Teuerung. Die Industrie läuft Gefahr, ihre gute Arbeitsgelegenheit zu verlieren, weil sie keine Rohmaterialien mehr beziehen kann. Wenn in alle diese an sich bedrohlichen Zustände noch eine Gewaltmassnahme der Alliierten eingreifen sollte, dann ist das Schlimmste zu befürchten. «Ich kann mich, so endete der Kanzler, der Befürchtung nicht mehr erwehren, dass wir in den nächsten Monaten den wildesten Kämpfen entgegengehen.»

Schliesslich machte er mich noch darauf aufmerksam, dass die Alliierten im Begriffe seien, die *Kommunalisierung der Sicherheitspolizei* zu verlangen. Wozu das führen würde, kann man ohne weiteres beurteilen, wenn man sich vor Augen hält, dass in mehreren grösseren Städten, z. B. in Dresden und Leipzig und bis vor kurzem sogar in Berlin, die Linksradiكالen die Mehrheit haben. Durch diese Massnahme würde der Regierung jede Möglichkeit genommen, sich der Sicherheitspolizei zu bedienen, um Unruhen zu unterdrücken. Man muss auch als Unbeteiligter sich fragen, ob die Kontrollkommission der Alliierten es wirklich darauf abgesehen habe, in Deutschland russische Zustände zu schaffen. General Nollet wird immer unerbittlicher und rücksichtsloser. Der Reichskanzler sagte mir, er hätte ihm letzter Tage ins Gesicht gesagt: «Sie sind der Schrittmacher der Reaktion in Deutschland.»

Anlässlich meiner Besprechung mit dem italienischen Botschafter frug mich dieser, ob wirklich keine Aussicht bestehe, dass die *Neutralen* sich ins Mittel legen, um die Alliierten auf die verheerenden Folgen hinzuweisen, welche die französische Politik gegenüber Deutschland für ganz Europa haben müsse. Den Inhalt der nachstehenden Mitteilungen bitte ich aber *absolut* vertraulich behandeln zu wollen, da Frassati mich dringend gebeten hat, seinen Namen nicht in Zusammenhang zu bringen mit meinen allfälligen Meldungen oder Vorschlägen nach Bern. Wenn ich diese Bitte nicht erfülle, so geschieht es nur deshalb, weil es mir wichtig scheint, dass Sie die Quelle der Anregung kennen, um sie richtig beurteilen zu können. Frassati versicherte mich, dass er sich, wenn er Minister des Auswärtigen in Rom wäre, eine Ehre daraus machen würde, die Initiative zu einem solchen Schritt zu ergreifen. Er ist vollständig davon überzeugt, dass der *moralische* Erfolg in der ganzen Welt riesengross sein würde, weil dadurch die zahlreichen Anhänger dieser Idee, die bisher sich nicht hervorgewagt haben, mobil gemacht werden könnten. Er glaubt z. B. ganz sicher, dass in Italien die Sozialisten aller Schattierung, die Popolari und die Nittianer sich sofort der Sache bemächtigen würden. Ähnlich würde es in England gehen, wo die Kreise der Industrie und Finanz nur auf die Gelegenheit warten, um energisch zu handeln.

Ganz besonderes Gewicht würde Frassati darauf legen, dass der Schritt *bald* gemacht und womöglich durch andere neutrale Staaten, vor allem durch Holland und Schweden unterstützt würde. Er meinte auch, dass eine bloss vertrauliche und mündliche Demarche nicht zum Ziele führen würde, vielmehr bedürfe es einer Note, die den Charakter einer Art Proklamation an das Gewissen der Welt haben würde.

19 NOVEMBRE 1921

371

Frassati verliess mich mit der dringenden Bitte, mir die Sache zu überlegen und eine bezügliche Anregung bei meiner Regierung zu machen; er erblickt in einem solchen Schritte die einzige Möglichkeit, Europa vor dem Untergange zu bewahren, denn auch er ist überzeugt, dass Deutschland unmittelbar vor dem Zusammenbruch steht.

Am Schlusse meiner Unterredung mit dem *Reichskanzler* brachte ich diese Idee zur Sprache, um zu hören, was er von der Sache halte. Herr Wirth antwortete mir sofort: Ich erwarte diesen Schritt von neutraler Seite seit Wochen, denn ich bin überzeugt, dass nur auf diesem Wege noch eine Lösung zu finden ist, aber ich fürchte, dass der Schritt heute schon zu spät kommt. Immerhin, fügte er bei, scheint mir die Lage so entsetzlich ernst zu sein, dass es ein Unrecht wäre, wenn man einen solchen Versuch nicht unternehmen würde. Deutschland sei bereit, sich jeder Kontrolle einer neutralen Kommission zu unterziehen und jede Massnahme zu ergreifen, welche eine solche Kommission für nötig erachten würde, denn «heute geht es um Leben oder Verderben».

Ich weiss dass dieser Gedanke in der Schweiz auch schon erwogen ist und hielt es deshalb für meine Pflicht, Ihnen von diesen vertraulichen Aussprachen Kenntnis zu geben. Ich bin bisher eher der Meinung gewesen, dass allfällige Schritte nur in der Form von mündlichen und vertraulichen Vorstellungen, unter Hinweis auf den auch uns drohenden Untergang, unternommen werden sollten. Frassati war aber der Meinung, dass dabei gar nichts herauskommen dürfte, weil man uns alle möglichen guten Worte geben, aber keine Handlungen folgen lassen würde.

Ich möchte zum Schlusse nur noch darauf aufmerksam machen, dass die hier einlaufenden Nachrichten aus Schweden und Holland überaus schlecht lauten. Die wirtschaftlichen Zustände seien dort schlimmer als in der Schweiz. Der Reichskanzler meinte, dass diese Länder aus Selbsterhaltungstrieb an einer Demarche bei den Alliierten sich beteiligen müssten.

Ich bitte die recht unvollkommene Form dieses Berichtes entschuldigen zu wollen. Da heute ein Gelegenheitskurier nach Bern geht, wollte ich nicht unterlassen, Ihnen vorstehende Mitteilungen zugehen zu lassen.